

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

142 (21.6.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556448](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556448)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprecher-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Minsenstraße 21, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Botenlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf., einschließlich Postlohn.

Mit Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfgepaltene Anzeigenzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rülklingen, Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Nummern 15 Pf., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Willigen Anzeigen aus kleinerer als der Größenschrift gezeichnet werden, so werden sie auch nach erster Berechnung. Restsumme 50 Pf.

25. Jahrgang.

Rülklingen, Mittwoch den 21. Juni 1911.

Nr. 142.

Die Reichsversicherungsordnung — wie sie sein sollte und wie sie ist.

II. 2. Der Kreis der Versicherten.

a) Zurzeit hat jeder Versicherungsbezirk seinen eigenen Kreis von versicherungspflichtigen Personen. Zur Krankenversicherung sind nur, von geringen Ausnahmen abgesehen, die in gewerblichen Betrieben beschäftigten Personen verpflichtet. Die Invalidenversicherungspflicht erstreckt sich auf alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen ohne Rücksicht auf den Beruf. Für Betriebsbeamte usw. erstreckt in beiden Versicherungsbezirken der Versicherungsanspruch, wenn sie mehr als 2000 Mk. Gehalt beziehen. Die Unfallversicherung erstreckt sich, ebenfalls von kleinen Abweichungen abgesehen, nur auf die Fabrikbetriebe. Das Handwerk ist noch ausgeschlossen; für Betriebsbeamte usw. erstreckt die Versicherungspflicht mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. Hieraus ergibt sich, daß viele Personen nur zu einem der Versicherungszweige versichert sind. Ein Handwerkslehrling z. B. ist nur gegen Krankheit, nicht aber gegen Invalidität (weil er keinen Barlohn bekommt) und nicht gegen Unfall (weil er in keinem Fabrikbetrieb ist) versichert.

b) Die Sozialdemokratie forderte die Herabsetzung für alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen sowie diesen sozial gleichgestellten Personen. Die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, soweit sie unter 5000 Mk. Einkommen haben, sind der Versicherungspflicht ebenfalls zu unterstellen, und zwar gleichmäßig zu allen Versicherungszweigen. Im Reichstag teilten die Sozialdemokraten entsprechende Anträge. Als der diesbezügliche Antrag zur Krankenversicherung abgelehnt wurde, beantragten sie die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 5000 Mk. Nachdem auch das abgelehnt war, forderten sie die Einbeziehung jener Personen in die Versicherungspflicht, die eine wissenschaftliche Tätigkeit ausüben, oder weniger als 2000 Mk. Jahresarbeitsverdienst haben. Auch das wurde abgelehnt. Zur Unfallversicherung beantragten die Sozialdemokraten, daß sie auf denselben Personenkreis ausgedehnt wird wie die Krankenversicherung. Nachdem das abgelehnt war, beantragten sie, daß wenigstens die Versicherungspflicht erstreckt wird auf alle kaufmännischen Betriebe, auf die gewerbsmäßigen Schaustellungen und Bühnenbetriebe, und daß alle versicherungspflichtige Fabrik schon ein Betrieb anzusehen ist, in dem regelmäßig drei und mehr Arbeiter beschäftigt werden. Das wurde alles abgelehnt. Schließlich der Invalidenversicherung beantragten die Sozialdemokraten, daß die Versicherungspflicht nicht erst mit dem 16. Lebensjahre, sondern schon mit dem Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung beginnt, daß auch die Beschäftigung nur gegen freien Unterhalt die Versicherungspflicht begründet, daß Angestellte bis 5000 Mark Jahresarbeitsverdienst zu versichern sind und daß mindestens die Hausgewerbetreibenden einbezogen werden. Alle diese Anträge wurden abgelehnt.

c) Die Reichsversicherungsordnung setzt auch weiterhin für jeden Versicherungszweig den Kreis der Versicherungspflichtigen besonders fest. Die Abgrenzungen sind auch in Wirklichkeit nicht übereinstimmend. In der Krankenversicherung sind nicht mehr nur die in gewerblichen Betrieben beschäftigten Personen versicherungspflichtig, man hat noch einige weitere Kategorien einbezogen, wie z. B. die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, die Dienstmoten, die Bühnen- und Orchestermitglieder, die Haus- und Wandergewerbetreibenden und die unabhängigen Arbeiter. Man hat sich nicht einmal dazu aufgeschwungen können, kurzweg alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Arbeiter der Versicherungspflicht zu unterstellen. Betriebsbeamte usw. sind zu versichern, wenn sie nicht über 2500 Mk. Jahresarbeitsverdienst haben. Zur Invalidenversicherung sind nur noch die Bühnen- und Orchestermitglieder aufgenommen, sonst bleibt alles beim alten. Die Unfallversicherung erstreckt sich nach wie vor im wesentlichen nur auf die Fabrikbetriebe und einige Berufszweige ohne Rücksicht auf den Umfang der Betriebe. Zu diesen Berufszweigen sind noch neu hinzugekommen die Apotheken, Gerbereien, Bedorantur- und Seziererleimerzweige, der Betrieb von Baccanaltäten, die Winnenfischerei, Fischzucht, Flogengewinnung, das Halten von Fahrzeugen aller Art, alle Transportbetriebe, die mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind usw. Im übrigen ist das kleine Handwerk (Wohlfahrtsbetriebe, Bäcker, Schuhmacher, Schneider usw.) noch ausgeschlossen von der Unfallversicherung; es sei denn, daß die einzelnen Betriebe „Fabriken“ darstellen, also hauptsächlich mehr wie zehn Arbeiter beschäftigen oder Maschinen besitzen, die mit elementarer Kraft bewegt werden. Betriebsbeamte usw. sind nur dann von der Versicherung ausgeschlossen, wenn

sie mehr wie 5000 Mk. (jetzt 3000 Mk.) Jahresarbeitsverdienst haben.

Politische Rundschau.

Rülklingen, 20. Juni.

Wahlrechtsdebatten im Dreiklassenhaus.

Den Wahlrechtsdebatten, die in den letzten Jahren im preussischen Dreiklassenhaus geführt wurden und die in einer großen Volksbewegung ihren nachhaltigen Niederschlag fanden, ist es gelungen, das Gebäude des Klassenwahlrechts so tief zu erschüttern, daß kein Zusammensturz nur noch eine Frage der Zeit ist. Kein Wunder, daß die Verteidiger des Junkerprivilegiums in nervöse Erregung geraten, wenn neue Erörterungen der preussischen Wahlrechtsfrage bevorstehen, daß sie alles daran setzen, solche Debatten zu verhindern, und alle Mittel anwenden, ihren Verfall für die Sache, die sie vertreten, so ungeschädlich wie möglich zu gestalten. Jetzt hat Elsh-Lothringen durch die Mitwirkung der Sozialdemokraten an der neuen Verfassung das gleiche Wahlrecht gewonnen, und ein Antrag auf Einführung dieses Wahlrechts auch in Preußen soll im nächsten Monat beraten werden. Die Regierung aber hat sich durch die Gewährung des gleichen Rechts an Elsh-Lothringen den Junkern verächtlich gemacht und sie nicht so lässig neuen Konventionen Angriffe ausgesetzt, die sie in höchster Manier durch allerhand Beschönigungs- und Beschwichtigungsvorläufe abwehrt. Die schillernde Angst der regierenden Bürokratie, die sich in den offiziellen Entschuldigungszeiteln kundgibt, hat nun wieder den Junkern Mut gemacht; sie fühlen sich stark genug, der Regierung neue Verhaltensmaßregeln zu diktieren. In diesem Sinne schreibt die „Neuzzeitung“:

Das Experiment der Heranziehung einer revolutionären Partei zur Lösung einer Meßungsfrage, das von der „Nordd. Allg. Ztg.“ vergebens zu beschleunigen versucht wird, bleibt jedenfalls äußerst bedauerlich. Und es wird der unangenehme und konsequente Festigkeit der Regierung bedürfen, die allen Folgen jenes Vorgehens abzuwehren. Diese Festigkeit wird besonders gegenüber dem erneuten Ansturm der Fortschrittler und Sozialdemokraten auf das preussische Wahlrecht sich betätigen müssen. Die Sozialdemokratie fordert bereits von der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im Abgeordnetenhaus, daß diese eine Wahlrechtsinterpellation einbringen soll. Und die von ihr abhängigen Fortschrittler werden schließlich wagen, sich diese Forderung zu überlegen. Dann wird sich für die Regierung die beste Gelegenheit ergeben, ihre Festigkeit bei der Aufrechterhaltung der bewährten altpreussischen Traditionen zu beweisen.

Wiso für die Sünden, die die Regierung nach konfessioneller Auffassung in Elsh-Lothringen begangen, soll sie in Preußen öffentlich Buße tun. Sie soll die altbewährten preussischen Traditionen aufrechterhalten, indem sie den derzeit regierenden Hohenzollern vorzubringen werden läßt und dem eigenen Volke ein Recht verweigert, das sie einem nicht-preussischen Volkstamm gemährt hat. Wilhelm II. hat am 20. Oktober 1908 eine Reform des preussischen Wahlrechts als „eine der dringendsten Aufgaben“ in Aussicht gestellt — aber es darf nicht reformiert werden, kommandiert die Junkerpartei. Und vor wenigen Wochen haben die Vertreter der preussischen Regierung im Bundesrat für das gleiche Wahlrecht in Elsh-Lothringen gestimmt — doch dieses Recht muß den Preußen vorbehalten bleiben, befiehlt die „Neuzzeitung“. Arme Krone, bedauernswerte Regierung!

Und wahrhaftig, die regierende Ministerfirma, die in Preußen Bethmann und Döllwig, nicht wie im Reich Bethmann und Delbrück heißt, sieht sich schon an, den Junkern Ordre zu parieren. „Festigkeit bei der Aufrechterhaltung der bewährten altpreussischen Traditionen“ im Sinne der „Neuzzeitung“ hat Herr v. Döllwig, der Volksminister, am Montag im Abgeordnetenhaus bewiesen, als er die Einführung des geheimen Wahlverfahrens in die rheinische Gemeindeordnung ablehnte, mit der traurigen Verlegenheitsausrede, daß eine so wichtige Frage nicht in einem besonderen Einzelfalle entschieden werden dürfe. Da die Nationalliberalen schändlicherweise mit den Konservativen gemeinsame Sache machten und mit allerhand theoretischen Vorbehalten, durch die kein Hund vom Hofe gelockt wird, für die öffentliche Wahl stimmten, fiel die Mehrheit mit 145 gegen 117 Stimmen. Die ganze rheinische Gemeindeordnung, die, wie in der Debatte festgestellt wurde, den Rheinländern „Freiheiten“ vorantreibt, die selbst den Preußen gewährt sind, wird als schlimmes rationales Nachwerk die Welt statt der preussischen Massengesetzgebung verlassen, sie wird das Rheinland in schmerzlicher Weise daran erinnern, daß es das Unglück hat, preussische Provinz zu sein! Rheinland ist nicht Reichsland! Nicht lange genug, so will es scheinen,

ist das Rheinland französisch gewesen, nicht lebhaft genug sind dort die Tendenzen, die los von Preußen drängen, daß man der Bevölkerung jenes Maß von Respekt entgegenbrächte, das man den Elsh-Lothringern nicht verweigert hat!

Die Haltung des Herrn v. Döllwig im Abgeordnetenhaus und die feige Schwendung der offiziellen Presse in der Elsh-Lothringischen Angelegenheit sind geeignet, die rosigte Stimmung jener liberalen Schwärmer herabzudrücken, die seit ein paar Wochen schon wieder einmal die Regierung die einer liberalen Aera über der Wilhelmstraße leuchten haben. Die Sozialdemokratie, frei von solchen Illusionen, weiß genau, daß von der Regierung, mag sie nun heute Bethmann-Hollweg oder nächstens anders heißen, nicht mehr Freiheiten erwartet darf, als man ihr abzuwingen stark genug ist. Nicht mehr, aber auch nicht weniger! Heute liegen die Dinge aber schon so, daß die Regierung ohne die Politik der starren Negation in der preussischen Wahlrechtsfrage nur sich selber unendlich macht, daß sie durch lahm, nichtigende Erklärungen, die nicht gebauen noch gelassen sind, nur das Geächter der Welt über sich heraufbeschwört, daß sie auf keinen Fall den Sieg der Wahlrechtsbewegung abwenden kann.

Wir fordern die Reform, die die Krone verprochen hat, weil sie mußte! Wir fordern das Wahlrecht, das die preussische Regierung den Elsh-Lothringern gewährt hat, wiederum weil sie mußte! Die herrschenden Mächte Preußens werden eines Tages die beiprochene Reform durchführen und den Preußen elsh-Lothringisches Recht geben! Sie werden müssen!

Der Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe.

Unser Berliner Mitarbeiter sandte uns gestern zu dem Vorkommnis auch eine Betrachtung. Der erste Teil derselben ist durch das, was wir gestern darüber veröffentlichten, erledigt. Der zweite Teil bezieht sich auf eine andere Seite des Konfliktes, die in folgendem mitgeteilt sei. Er schreibt: Der Konflikt bietet aber auch in mancher anderer Beziehung viel Interessantes, vor allem schon durch die tief einschneidende Wirkung, die er auf das Leben der Reichshauptstadt ausübt. Ein und eine Viertel Million Zeitungsläser blieben am Sonntag früh ohne Morgenblatt und erhielten an dessen Stelle nur ein dürftiges Flugblatt, welches ihnen die vorläufige Einstellung des Erscheinens ihrer Zeitung ankündigte. Für Paris, wo man alle vierzehn Tage ein Ständchen Generalliret erlebt, wäre ein solcher Vorfall eben nichts Außerordentliches, er war es aber für Berlin, wo man seit Menschengedenken Keinesmal nicht erlebt hat. Der Gedanke, daß von einer handvoll streikender Arbeiter eine solche Massenwirkung ausgehen konnte, mußte geradezu verblüffen. Der große Straßenbahnverkehr und der seinerzeit mihlungene Lichtstreif der Elektrizitätsarbeiter sind halb zerfallen, an eine Streikführung im Zeitungsbetrieb dachte wegen der hier bestehenden vielfachen Einrichtungen kein Mensch. Das allgemeine Erschauern war also nicht gering, und wenn dabei bläuglichen Kreisen ein wenig stärker zu Bewußtsein gekommen sein sollte, so wird man das als eine nützliche Nebenwirkung der an sich recht unerschrecklichen Affaire betrachten dürfen.

Aber noch etwas anderes weckte Erstaunen: die bei dieser Gelegenheit hervortretende vollkommene Solidarität der drei Kiefenfirmen des Berliner Zeitungsbetriebes, Wölfe, Wille und Scherl. Man sieht hier einen Zeitungstrust heranwachsen, der etwas Gigantisches hat und dessen Gefahren nicht verkannt werden dürfen.

Das geschäftliche Abmachungen verschiedener Art zwischen den drei Großfirmen bestehen, war schon lange bekannt. So besteht ein Abkommen, durch welches die Firmen sich verpflichten, einander nicht die Angestellten durch höhere Gehaltsangebote wegzuzugieren. (Ein ähnliches Abkommen besteht ihrer Angestellten besteht zwischen den D-Banken und war seinerzeit von dem jetzigen Geschäftsführer von Wille, Herrn Georg Bernhard, mit reichlichem Aufwand von Entzählung verursacht worden.) Ein anderes Abkommen, das erst kürzlich geschlossen wurde, regelt die Dienstanvermittlung im Interesse der beteiligten Firmen. Doch aber eine Abmachung besteht, durch die sich die drei Firmen auch ihren Arbeitern gegenüber solidarisch erklären, was bisher nicht bekannt. Und doch muß eine solche sehr weitgehende Abmachung bestehen, denn sonst wäre es ein Rästel, warum auch Wille und Scherl ihre Blätter zeitweise gänzlich, zeitweise in stark verkleinertem Umfang erscheinen ließen. Wie gesagt, lag dazu in den Betrieben selbst nicht der allermindeste Grund vor, ihrem Maschinenmeister, von Seiten und Stereotypisten ganz zu schweigen, ist es eingeleiten, die Arbeit für die eigene Firma zu verweigern, doch die „Streikarbeit“ wurde abgelehnt. Und wenn diese Streikarbeit nach tarifmäßiger Auffassung auch keine war, weil eine Berechtigung zum Streik bei Scherl nicht vorlag, so

wird doch jeder Arbeiter, sollte aber auch jeder sozial empfindende Arbeitgeber das Verhalten der Maschinenmeister menschlich begreifen müssen, denen es gegen das Gesetz ging, ihren vom Tarifamt beurteilten Kollegen in den Rücken zu fallen.

Für die Firmen Willein und Roffe, die ihr eigenes soziales Empfinden nicht genug anweisen können, lag kein Anlaß vor, mit ihrem Personal in Konflikt zu geraten, wenn sie nicht durch ein sehr weitgehendes Geheimabkommen mit Scheel gebunden waren. Und da nicht anzunehmen ist, daß sie aus bloßen Echarmanntücheln handeln, muß der Bestand eines solchen Abkommens als sicher angenommen werden. Dadurch fällt auf die Zustände im Berliner Zeitungsgerwerbe ein neues bezeichnendes Licht.

Die Macht der drei großen Zeitungsverlage Willein, Roffe und Scheel, die mehr als eine Million deutscher Zeitungsleser mit täglichem Kost versehen, ist schon längst außerordentlich groß. Sie muß noch gewaltig steigen, wenn sich diese Firmen handhieren und gegenüber den Angestellten, den Arbeitern, den Interenten, schließlich auch den Konsumenten zu einem geschlossenen Ganzen vereinigen. Angesichts einer solchen großkapitalistischen Meinungsmacht erkennt man erst ganz den Segen einer sozialdemokratischen Arbeiterpresse, die nicht einzelnen Kapitalherren untergeordnet, sondern demokratisch gebildeten Arbeiterorganisationen und nur diesen allein verantwortlich ist. Nur die Arbeiterklasse mit ihrer Presse kann die öffentliche Meinung schärfen vor dem drohenden Absolutismus des Geldbesitzes.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger sprach sich am Sonntag in einer Vorstandsitzung lobend über die Solidarität der Berliner Zeitungsverleger aus. In einer gefaßten Resolution heißt es zum Schluß: „Der Verein deutscher Zeitungsverleger erwartet von der Leitung der Schlichtungsorganisation, daß sie dafür Gewähr leistet, daß die einwirkenden Ausschüsse ihre Arbeit ausüben können.“

Zum Berliner Zeitungsstreik nahm auch eine Montag früh in Berlin zusammengetretene Gauleiterskonferenz des Buchdrucker-Hilfsarbeiter-Verbandes Stellung, die in folgender, einstimmig beschlossener Resolution zum Ausdruck kommt:

Die am 19. Juni 1911 tagende Konferenz der Gauleiter des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands verurteilt auf das schärfste das unbefohlene Verhalten der Hilfsarbeiter in dem 3. bestehenden Zeitungsstreik, welches die Vertrags- und Tariffreiheit unseres Verbandes in Frage stellt.

Die Konferenz verurteilt dieses disziplinwidrige Verhalten umso mehr, als die Buchdruckerorganisation gänzlich genehmigt hat, daß unter Kollegenchaft in dieser Angelegenheit, die keine Buchdruckerfrage war, sich solidarisch erkläre.

Die Konferenz fordert aufs neue und mit allem Ernst, daß bei allen freiwilligen Berufs- und Tarifangelegenheiten einzig und allein dem begründeten Einspruch der in Betracht kommenden Tarifinstanzen und des Verbandsvorstandes Folge zu leisten ist, widrigenfalls die Zwischenhandelnden ihres Untersützungs- und Mitgliedsrechtes verlustig gehen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhause.

Das preussische Abgeordnetenhause hat am Montag die 2. Lesung der Rheinischen Gemeindeordnung beendet. Am lebhaftesten gestaltete sich die Debatte bei der Beratung eines Entwurfs eines Zentrumsmitglied und der Fortschrittler auf Einführung der geheimen Stimmabgabe. Die Nationalliberalen, die sich noch bei den letzten Wahlrechtsdebatten für die geheime Abstimmung ausgesprochen hatten, erklärten diesmal, dagegen zu stimmen, da man einer Provinz nicht ein besonderes Vorrecht geben und das Gesetz nicht zu sehr belasten dürfe. — Im Gegensatz dazu sprach sich der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Gen. Hirsch, für die geheime Stimmabgabe aus, indem er gleichzeitig die Haltung des Zentrums kritisierte, das jetzt — vor den Reichstagswahlen — so entschieden für die geheime Wahl eintritt, obwohl es bei der Wahlrechtsvorlage für Preußen die geheime Stimmabgabe hintertrieben habe. — In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und Zentrums abgelehnt.

Abgelehnt wurde auch ein Antrag des Zentrums, nach dem die Bürgermeister der rheinischen Gemeinden von den Gemeinden gewählt werden sollen. — Dagegen gelangte ein Zentrumsantrag auf Befreiung der Arreststrafen für untere Beamte im Kommunaldienst der rheinischen Gemeinden zur Annahme.

Am Dienstag stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Das preussische Herrenhaus

erfolgte am Montag das Groß-Berliner Zweoerbandsgesetz. Der Antrag des Frankfurter Oberbürgermeisters Widjes, den Kleinwohnungsbaue wieder unter die Verbandsaufgaben aufzunehmen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, den der Präsident des Oberverwaltungsgerichts, Dr. v. Bitter, gestellt hatte, und durch den der Zweoerband die Berechtigung erhält, aus wichtigen Gründen das Verbot der Grundbesitzpflege für Familien und Wohnungsbesitzer auch gegen den Willen der Gemeinden festzulegen. Gegen diesen Antrag wandte sich Herr v. Bux, der aber zu viel Sozialpolitik, daß sich sogar Herr v. Wedel, der Führer der Rechten, dagegen wandte. Der Rekt der Tagesordnung, auf der sich die Vorlage zur Entlastung des Oberverwaltungsgerichts, das Gesetz gegen die Rosgfleißschaffen und die Denkschrift über die Polenpolitik befinden, wurde debattelos erledigt.

In der Dienstage-Sitzung soll das Feuerbestattungs-gesetz beraten werden.

Tentisches Reich.

Tintenstich-Zettel. Zu der Erklärung Niebers, der Hansabund könne allerdings keine Stichwahlparolen gegen die Sozialdemokratie ausgeben, werde aber auch niemals die Sozialdemokratie fördern und unterstützen, meint die „Deutsche Tageszeitung“, es handle sich aber um weiter nichts, als um halbtöge Sophisterei. Der Hansabund könne für die Stichwahl genau so gut „Parolen“ ausgeben, wie für die Hauptwahl, und er sei ebenso gut moralisch dazu verpflichtet, wie andere Organisationen, deren Ziel ein Eingreifen in die Wahlbewegung sei. Wenn der Hansabund bei der Hauptwahl einen längerlichen Kandidaten gegen einen Vertreter der rechtsstehenden Parteien unterstütze, dabei seine Anhänger „in der bisher schon genügend bei ihm bekannten Weise“ gegen die Konservation und den Bund der Landwirte verführe und dann, wenn dieser Hansabundskandidat nicht leber in die Stichwahl komme, einfach das Feld räume, dann handle er wie der Tintenstich: er trübe das Wasser und verschwinde. Daß diese Tintenstich-Zettel aber eine offene Beleidigung der Sozialdemokratie sei, wisse auch der Hansabund selber sehr gut, und er sollte es im Interesse der politischen Ehrlichkeit nicht zu bestreiten lassen. Er könne mit solchen Verhören doch auch höchstens solchen Leuten in die Augen schießen, wie sie auch in der Politik — nicht alle würden. — Die arien Hansabundes-Tintenstiche!

Die Reueinstellung der Reichstagswahlkreise wird den dritten deutschen Städtetag, der vom 10. bis 12. September einschließlich in Berlin tagen wird, beschäftigen. Außer dieser Frage wird man sich mit der Arbeitslosenversicherung befassen und den Bericht des Vorstandes über die Prüfung der deutschen Städte entgegennehmen.

„Nur“ 100 000 Mark! In der jüngsten Sitzung der Stadtordeordnetenversammlung in Köln teilte der Oberbürgermeister Wallraf als „erfreulich“ mit, daß die für den Besuch des Kaisers am 22. Mai in Köln ausgeworfenen 100 000 M. „nicht ganz“ verbraucht worden seien, daß der Rückgang anderer Behörden (Eisenbahn- und Postverwaltung) und der Bürgerchaft. In der Tat wird die Summe, die für den zur fünfundsiebzigsten Geburtstag des kaiserlichen Metropoles vergütet worden ist, nicht allzuweit von einer Viertelmillion wegbleiben. Bemerkenswert ist zunächst die Tatsache, daß die Stadtordeordneten von vornherein die ungeheure Summe von 100 000 M. für den kurzen Besuch bereitgestellt haben, und ebenso kennzeichnend ist es, daß der Oberbürgermeister es noch als ein Verdienst der Stadtoverwaltung betrachtet, daß es ihr infolge der auch von den Staatsbehörden verdrängten großen Beträge nicht gelungen ist, den ganzen Betrag zu verpulvern. Gerade die Stadt Köln hätte besonderen Anlaß, sich solcher wahrnehmbaren Geldverschwendung zu schämen, da sie im verflochtenen Winter unter dem Vorwand: die bewilligten Mittel nicht ausgegossen, den Budgetentwurf monatelang die bis dahin gewöhnliche Müch einjog.

Eine Denkschrift über Raddod. Die Bergbauverwaltung arbeitet eine Denkschrift über den Hergang des Unglücks auf Grube Raddod aus. Die Denkschrift soll demnächst erscheinen. Was aber den Inhalt bekannt wird, dürfte den Raddodherren sehr angenehm sein, denn die Denkschrift bestritt die Wahrscheinlichkeit einer Explosion durch Kohlenstaub. Bei Kohlenstaubexplosionen bildeten sich in der Regel Kohleerde und solche Herde setzen bisher nur in sehr geringem Maße vorgefunden worden. Kommt eine Kohlenstaubexplosion in Frage, dann würde natürlich auch die mangelhafte Belüftung keine so große Rolle spielen. In der Denkschrift wird gesagt, die Explosion sei wahrscheinlich durch Gasausbruch entstanden. In der zweiten Hälfte sei ein System von Spalten entdeckt worden, das vor dem Unglück nicht vorhanden war. In anderen Gruben habe man die Erfahrung gemacht, daß aus solchen Spalten große Gasengen ausströmen pflegten. Uebrigens wird noch mitgeteilt, daß zur Belüftung des Kohlenstaubes ein neues Verfahren eingeführt worden sei, das sich bis jetzt gut bewährt habe und daß sich auch zur Verhütung von Gasausbrüchen eignen werde.

Ein hergezohtener Hagenbeutel. Wegen Beleidigung der Redakteure der „Münchener Post“ wurde der Redakteur Salm eines in Braunstein erscheinenden Zentrumsblattes im Februar zum Schöffengericht München zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Da Salm kurz darauf diese Beleidigungen zum Teil in idyllischer Form wiederholte, teilten die Redakteure der „Münchener Post“ neuerdings Klage. Vom Schöffengericht München wurde Salm, der weder im ersten noch im zweiten Prozeß auch nur den Versuch machte, seine Behauptungen zu beweisen, nun zu 400 M. Geldstrafe oder 80 Tage Gefängnis verurteilt.

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben . . . Zu einem Bezirks-Sängerkette des Arbeiter-Sängerbundes hatte der Magistrat von Bitterfeld eine schändliche Mißzeile zur Verfügung gestellt. Jetzt hat die hochwohlgebliche Polizei von Bitterfeld die Abhaltung des Sängerkettes auf der städtischen Mißzeile verboten, „weil zu diesem Feste Sänger aus solchen Orten kommen, wo die Anhänger der Sozialdemokratie nicht mit der Polizei in Frieden leben können“.

Ein öffentlicher Vorfänger als Angefallener. Unter dieser Epithete machte eine Notiz die Kunde durch die Presse, wonach ein Wismann, der letzte Majoratserbe v. Gpdy sich des Weines und der Unerfüllung schuldig gemacht haben soll. Es handelte sich um eine Gerichtsverhandlung gegen einen Kottelen wegen Amtsvergehen. Die Verhandlung wurde verlegt, um Ermittlungen anzustellen. In der erneuten Verhandlung am 17. Juni vor der Stolper Strafammer stellte sich heraus, daß es sich um halbtöge Sophisterei handelte. Gpdy hatte weder vor dem Gericht in Halle seine Eidespflicht verletzt, noch in einem Verfahren zur Regelung von Schulden eines Referendars sich Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen.

„Kanzelende“ Entschädigung. Nach einer Meldung aus Essen erhält der Bergmann Wiking aus Eshornhorst, der im Eisenerz-Steinbruchprozeß zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt und im Wiedererwerbverfahren freigesprochen wurde, auf Beispruch des Gerichts 4000 M. Entschädigung. Wiking hatte 7162 M. gefordert.

Aus den deutschen Kolonien.

Kolonialbeamte als Grundbesitzer. Der Reichskanzler hat eine Verfügung erlassen, wonach die Kolonialbeamten Grundbesitzer in den Kolonien erwerben können. Bisher war das verboten. Die Verfügung gibt den Beamten der afrikanischen und Südseegebiete die Ermächtigung, den Beamten die Erlaubnis zum Erwerb von Grundeigentum bis zur Größe eines Hektars zu erteilen. Für die Beamten in Südseegebieten, die sich in der zweiten Dienstperiode befinden, kommt die Befreiung auf ein Hektar in Fortfall, sie können auch größeren Grundbesitz und insbesondere ganze Farmen u. erwerben. — Ob diese Verfügung einer einwandfreien Geschäftsführung durch die Beamten förderlich ist, muß sehr bezweifelt werden. Die Befreiung ist zu groß, daß Beamte ihre dienstlichen Kenntnisse und Beziehungen benutzen, um sich zu bereichern.

Deutschland.

Greuelkaten der Reaktion. Aus Warschau wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Grauenhafte Zustände herrschen in dem hiesigen Gefängnis, das während der Revolution in der Vorstadt Marjowka erbaut wurde. Das Gefängnis ist für höchstens 1500 Gefangene berechnet, zur Zeit sind jedoch 1800 darin untergebracht und zuweisen sind es noch mehr. Unter anderen sind hier auch „Polische“ untergebracht, die zu Zuchthaus verurteilt sind. Gegen diese richtet sich die Wut der Beamten ganz besonders. Viele Beamten stehen wie die Raben. Trotzdem das Gefängnis neu ist, ist es vollständig verrottet und hart von Samen, weil die Kosten für Reinigung „geparnt“ werden, d. h. das Geld verschwindet in die Taschen der Beamten. Ebenso wird bei der Befreiung „geparnt“. Nach dem Reglement sollen die Gefangenen zweimal in der Woche Fleisch erhalten, aber sie bekommen es oft Monate lang nicht. Auch andere Lebensmittel sind derart verrotten, daß sie ungenießbar sind. Von den Großen, die die Gefangenen von Verwandten angelesen erhalten, bleibt stets ein Teil in den schmuggelten Fingern der Beamten leben. Beschwerden der Gefangenen werden mit graulichen Strafen beantwortet. Körperliche Züchtigungen sind an der Tagesordnung. Bei geringsten Verstößen gegen das Reglement werden Hiebe ausgeübt. Dabei besteht etat infame Ausbeutung. Die Gefangenen müssen nämlich Arbeiten für private Unternehmer verrichten und diese haben im Ernennungen mit den besetzten Beamten in den letzten Wochen die Ehre herabgedrückt. Dagegen leuchten sich die Gefangenen auf, besonders die Sozialdemokraten, und das Resultat war, daß eine Anzahl von ihnen mit Hieben bestraft wurden. Einer von ihnen, der 21jährige Urbanat, hat sich erdängt, als sie ihn schlagen wollten. „Das Leben ist uns zur Hölle geworden — so schreibt einer der Gefangenen — und maneh einer trägt sich mit dem Gedanken, dem Beispiel des Genossen Urbanat zu folgen.“ So nimmt die satirische Regierung Klage an dem überwindenen Gegner. Man bedenke, daß diese polnischen Genossen kein anderes Verbrechen begangen haben, als das, der sozialdemokratischen Partei anzugehören. Dafür werden sie jetzt der Willkür entmenschter Beilien ausgeliefert.

Marokko.

Die Lösung des französisch-spanischen Konflikts. Ueber die Haltung der französischen Regierung gegenüber Spanien machen „Revue Republique“ und „Echo de Paris“, die vom Quain v'Orlay inspiriert werden, folgende Mitteilungen: Die Regierung hat die Absicht, nachdem sie Spanien ihre von der spanischen Auffassung der Verträge abweichende Meinung zur Kenntnis gebracht hat, keinerlei Verhandlungen über Marokko und Spanien mehr zu führen. Sie will sich der spanischen Aktion nicht energisch widerlegen, um einen Konflikt zu vermeiden, überläßt aber Spanien die volle Verantwortung für die Folgen, die seine Intervention nach sich ziehen könnte. Der französische Botschafter in Madrid hat Anweisungen in diesem Sinne erhalten. Frankreich wird, wenn nicht besondere Zwischenfälle eintreten, schon Ende Juli seine Truppen aus der Umgebung von Fes zurückziehen. Ueberfall auf einen Deutschen. Am Sonnabend nachmittag wurden in Casablanca der Deutsche Jungvogel und sein eingeborener Begleiter von zwei Strocheln, entlassenen französischen Soldaten, angegriffen und angefallen. Jungvogel schoß in der Notwehr einen der Angreifer tot, der andere entfloh. Der Vorkauf ruft in Casablanca ziemlich Aufregung hervor und bewirkt die wachsende Unsicherheit durch allerlei Gerüchten. Das gibt natürlich wieder einen schänen Anlaß für irgend eine Nation, die ihre Finger in die Marokkoaffäre stecken will, Soldaten zu landen. Man erzählt, daß der Reiz keine Befestigung fördert, sondern Räuber säht.

Keine politische Nachrichten. In Berlin ist eine tüchtige Studentenkommission eingesetzt, um staatliche und kommunale Einrichtungen auf verschiedenen Gebieten zu studieren. — Die preussischen Abgeordneten Engelmann und Hakenberg werden im Landtag eine Intervention wegen Unterdrückung der durch ein Dagewetter schwer demagagierten Fänger im Kabinett einbringen. — Eine Verlesung von Hirsch in der Reichstagskammer erregte großes Aufsehen gegen den von dem Führer der Reichstagskammer mit aller Energie einsetzten. — Die Stadtordeordneten-Versammlung in Hirschberg i. Schl. beschloß im Prinzip den Bau eines Krematoriums. — Die türkische Regierung will vier weitere Panzerschiffe zum Preise von je 17 Millionen Mark von Amerika kaufen.

Parteinachrichten.

Eine geheime Mitgliederversammlung im Walde veranstalteten die Genossen in Halle am Sonntag auf dem Roten Berge im Ebaner Schilde. Da die Polizei-Verwaltung des liberalen Magistrats von Halle die Mitglieder-versammlungen und sogar die Distriktsitzungen des so-

demokratischen Vereins als öffentliche politische Versammlungen überwaunden löst, die Genossen sich aber die durch das Reichsvereinsgesetz gewährleistete Rechte nicht verkümmern lassen wollen, blieb nichts anderes übrig, als die Versammlungspraxis der legalitätsgemäßen Zeit wieder aufzugreifen. Die Veranstaltung, an der etwa 500 Genossen teilnahmen, blieb von der Polizei unbedrängt, nachdem die Besprechung über Maßnahmen gegen die Polizeimethoden, notwendige Geldbewilligungen und andere wichtige Vereinsangelegenheiten erledigt waren, ließ die Meldung ein, daß Gendarmen im Anzuge seien. Die Versammlung wurde mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Unter den Klängen der „Internationale“ zogen die Versammelten ab; die Polizeibeamten fanden auf dem Notzen Berge keine Gelegenheit, Halle vor dem Umsturz zu retten.

Lokales.

Rüstringen, 20. Juni.

Gemeindevtag.

Gestern hatten sich etwa 150 Vertreter der Gemeinden des Herzogtums Oldenburg im Hotel zum Erbgroßherzog in Jever eingefunden, um drei Vorträge anzuhören. Es sprachen Finanzrat Stein aus Oldenburg über die Staatliche Kreditanstalt im Dienste der Gemeinden, dann Ratsherr Wessels aus Oldenburg über die Weiterentwicklung des Fortbildungsschulwesens insbesondere auf dem Lande, schließlich Rechtsanwalt Kärgen aus Rüstringen über die Einführung des Notariats in Oldenburg. (Siehe Bericht in der Beilage). Die Vorträge waren interessant, scharf und aktuell, trotzdem will es uns scheinen, daß die Gemeindevtag noch nicht die Bedeutung haben, die sie haben könnten. Mancher Vertreter wird von den bisherigen Gemeindevorträgen und auch vom letzten nicht ganz befriedigt worden sein. Das Fehlen fast jeder Debatte macht die Gemeindevtag so bedeutungslos. Nur beim Vortrag über das Fortbildungsschulwesen entwickelte sich gestern eine Debatte, die an sich ja sehr charakteristisch war. Hätte diese nicht stattgefunden, so hätte man im Interesse vieler Teilnehmer, deren Zeit kostbar ist, wünschen können, die Referenten hätten ihre Referate den Zeitungen des Landes zum Abdruck überweisen und die Gemeindevorträge hätten sie dann in aller Ruhe im Sorensenstuhle oder sonstwo lesen können. Manche Vertreter sind allerdings vielleicht auch noch diese minimale Diskussion zu viel und das Mittagessen für ihn die Hauptfache gewesen sein. Inheres Erachtens müßten die Gemeindevorträge arbeiten. Sie müßten zu früherer Stunde und nicht erst um 12 Uhr mittags beginnen und nicht nur bis zum Mittagessen dauern. Für den Fall, daß zu den vorgesehenen aktuellen Vorträgen keine Diskussion gewünscht wird, müßten die Vertreter Gelegenheit nehmen können, sonstige Anregungen allgemeiner oder spezieller Art zu geben. Nur so können die oldenburgischen Gemeindevorträge von größerer Bedeutung werden.

Einen Schatten auf den gestrigen Gemeindevortragsabend warfen die Ausführungen des Gemeindevortragsbesprechenden Dammann aus Tungen, der sich als Gegner der Fortbildungsschule erklärte, da diese der Landwirtschaft nicht dienlich sei. Sein Grundlag ist offensichtlich: Je dummer der Arbeiter, um so brauchbarer ist er in der Landwirtschaft. Herr Dammann befaßt sich auch, daß Leute, die ein bisschen lesen und schreiben können, seinen Gefilden den Rücken kehren. Das kann man ihnen nach der Probe, die Herr Dammann gestern gab, auch garnicht verdenken. Er hatte aus dem Vortrage des Herrn Wessels scheinbar nichts gelernt, denn sonst hätten ihn die rechtlichen Ausführungen über die durch Hochkultur so intelligent gemachte dänische Landwirtschaft zum Schwärzen bringen müssen. Die Ausführungen waren um so bedauerlicher, als doch gerade die oldenburgischen Landwirte im allgemeinen eine gute Schulbildung genießen haben. Dann aber sollte man doch den Arbeitern wenigstens eine gute Fortbildungsschule gönnen. Die Landflucht sollte man nicht durch Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Arbeiter, sondern durch Verbesserung dieser Verhältnisse drehen. Und dazu gebot vor allem die Gewährung von Bildungsgelegenheit auf dem Lande.

Die Kartoffelbiede sind durch die Polizei ausfindig gemacht worden. Es sind ein Ehepaar in der Dorfstraße und dessen Kognomann, der verhaftet wurde. Bei diesem wurde auch ein Damen-Fahrad und ein noch neues Herren-Fahrad gefunden. Personen, die Ansprüche an die Räder machen, wollen sich bei der Polizei melden. Auch wurde in dem Hause Holz gefunden, das auf Neubauten gestohlen worden ist.

Eine rücksichtslose Fahrerei verübte ein Fuhrmann im Stadtteil Ruende. Er brachte durch sein unruhiges Fahren ein junges Mädchen, das auf dem Rad ihm entgegenfuhr, zu Fall und fuhr in aller Seelenruhe weiter, trotzdem er sah, daß das Mädchen an der Hand verletzt dalag. Er wurde zum Arzt gebracht, während der rücksichtslose Fuhrmann auch noch Strafenpassanten gegenüber, die ihn aber kein Verhalten Vorwürfe machten, frech wurde. Eine Anzeige würde das beste Erziehungsmittel in solchen Fällen sein.

Variété über Operetten-Galopie. Heute Dienstag geht der Operettenschlager „Das Jungferntanz“ zum erstenmal in Szene. Am Mittwoch wird „Poinische Wirtschaft“ zum viertenmal und am Freitag zum letztenmal wiederholt, worauf wir ganz besonders aufmerksam machen. Am Donnerstag, Sonnabend und Sonntag finden Aufführungen der Operettenmusik „Das Jungferntanz“ statt.

Postales. Postverwalter Lobbe vom Postamt Rüstringen II erhielt den Titel Postsekretär.

Wilhelmshaven, 20. Juni.

Marineneuigkeiten. Das erste Geschwader der Hochseeflotte ist gestern vormittag im Rierl Hafen eingelaufen. Aufseherlegung zum Ungehörigen gegen einen Dienst-

befehl sollte der Matrose Gurek vom Linienfährl „Vommern“ begangen haben, der sich deshalb am Montag vor dem Kriegsgericht des zweiten Geschwaders in Kiel verantworten sollte. Aufseherlegung wird nach dem Militärstrafgesetz mit Gefängnis nicht unter fünf Jahren bestraft. Angeht es Interesse des Dienstes wurde die Dienstpflicht ausgeschlossen, so daß man nicht erfahren konnte, worin das Vergehen des Matrosen gefunden wurde. Die Verhandlung wurde schließlich ausgesetzt, um weitere Aufklärung zu schaffen.

Strafungs-Verhältnisse. In den heiligen Zimmern wird bekanntgegeben, daß die Dienststunden der hiesigen Marine-Intendantur von jetzt ab bis auf weiteres auf die Zeit von 7 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gesetzt sind. — Wenn für die Herren, die sich zum Teil über auch anstrengen müssen, die Nebenstunden Arbeitszeit festgesetzt ist, so sollte man den täglich schwer arbeitenden Arbeitern doch auch die beanspruchte 8 1/2stündige Arbeitszeit gewähren. Leider ist dieser Antrag vom Staatssekretär oder wieder abgelehnt.

Der Zeitball wird wegen Reparatur einige Zeit nicht fallen.

Folgen der Sonntagsparbeit. Uns wird geschrieben: In Pezemanns Gießerei in der Augustenstraße in Wilhelmshaven waren am letzten Sonntag der Zimmermann Behrens und der Arbeiter Rode Jäger im Auftrag des Unternehmens Straten damit beschäftigt, unter einer zu schwachen Betondecke zu deren Verstärkung einen eisernen Unterzug anzubringen, als plötzlich die Decke zusammenstürzte. Als ein Wunder ist es zu betrachten, daß die Arbeiter nicht unter den Trümmern begraben wurden, sondern mit dem Schrecken davonkamen. Ursache des Einsturzes wird wohl wieder die Mangelhaftigkeit der allererstenmöglichen Vorkehrungsmaßregeln sein. Die Verwendung von Wilhelmshaven läßt ein sehr gutes Werk, wenn sie den Arbeiten des Straten eine liebevollere Aufmerksamkeit bei der Überwachung zu Teil werden ließe, denn der Zustand der Gießerei bei dem Umbau in der Roonstraße (Hempels Hotel) hat seit jeder Verbesserung.

Verhaftung? Das Rauschenhaus wurde gestern morgen der Kriminal H. gebracht, der in der ersten Morgenstunde kein Hausgerät aus seiner in der dritten Etage des Hauses Nr. 104 in der Straße Heinrich-Strasse belagerten Wohnung auf die Straße warf.

Eine nette Suppe eingetroffen hat sich der Volkstheater E. Er hatte sich unter der Auflage vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten, wieweil die zur Verhütung der Tollmut erlassenen Vorkehrungsmaßregeln dadurch verletzt zu haben, daß er seinen Hund frei herumlaufen ließ, obwohl er wußte, daß das verboten war. Das Gericht erkannte wegen dieser Verletzung auf einen Tag Gefängnis. — Die Oberfrau B. die ebenfalls ihren Hund frei herumlaufen lassen, kam mit drei Mark Strafe davon. Eine wissentliche Verletzung der Polizeivorschriften war ihr nicht nachzuweisen.

Gnädige Richter fand auch der Schaufferschwärze P., der in der Nacht zum 2. Februar in der Herberge zur Heimat vorläufig eine Strafe einbüßte, den Hausvater beleidigte und ihn mit Wasserstein bedachte. Gegen ihn wurde auf eine Geldstrafe von 25 Mk erkannt. — Jehu Mark Strafe zahlen müssen die Arbeiter S. und T., die ihre Logiswirtsin schuldlosig verließen, ohne ihre Schulden zu bezahlen. — Auch der Herr H. hatte eine Mißtat an das Postgeld betrogen, weshalb er 20 Mk. Strafe zu zahlen hat.

Zum Unterhalt der Familie hat der dem Tode ergebene Arbeiter H. nicht beigetragen; er wurde dafür in der letzten Schöffengerichtssitzung zu drei Wochen Haft verurteilt. Außerdem wurde er der Landespolizeibehörde überwiesen. Das war die Folge davon, daß seine Familie von der Armenverwaltung unterstützt werden mußte.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 20. Juni.

Eine Vergiftung. Mir leben in der „Morgensgl.“: „Zum Sonntag wird es vielleicht noch interessieren, daß es während desselben vom Kommandeur des Dragoner-Regiments den Soldaten erlaubt worden war, Rosen ins Knopfloch zu stecken und zwar in das dritte von oben. Von dieser Vergiftung haben die Soldaten denn auch regen Gebrauch gemacht.“ — Alles ist beim Militär reglementiert. Es ist wirklich eine Zulei, Soldat zu sein.

Neue Mittelnamen aus dem Lande. Das Generalinspektor die Eisenbahnstrecke wird sich um ein Kilometer westlich von Damm erreicht werden. Man rechnet mit der Fertigstellung im Jahre 1912. — Zum Vizepräsidenten von S. wurde der Magistrats-Rat Dr. Wempe aus Oldenburg gewählt.

Aus aller Welt.

Sein deutschen Rundflug ist am Sonntag die vierte Etappe (Hamburg-Riel) durchgeführt. Für die dritte Etappe Schwerin-Hamburg (125 Kilometer) hat Wittenstein die beste Flugzeit mit 1 Stunde 35 Minuten erzielt. Die Flugzeiten der vier übrigen Bewerber waren: Kühner 2 Stunden 21 Minuten, Lindpaintner 6 Stunden 8 Minuten, Rödig 10 Stunden, Winclers 15 Stunden 40 Minuten. — Die offiziellen Flugzeiten für die 83 Kilometer lange Strecke Hamburg-Riel sind: Winclers 52, Jahnson 53, Lindpaintner 56 Minuten. Dr. Wittenstein 1 Stunde 4 Minuten, Kühner 1 Stunde 6 Minuten, Schauenburg 1 Stunde 16 Minuten, Thelen 1 Stunde 41 Minuten. Inogelant erhielten bis jetzt an Preisen: Winclers 2931, Rödig 2397,50, Kühner 1918,50, Lindpaintner 1872,50, Dr. Wittenstein 850,50 Mark.

Der „unpittliche“ Jola. Unser Bodamer Vaterblatt hatte im Feuilleton den Roman Emile Jolas „Die Arbeit“ abgedruckt. In diesem Roman wird u. a. auch in weiterer halter Weise geschildert, wie ein Arbeiter nach der Nachschicht die in das Nachschichtkommende Frau des Direktors vergewaltigt, ohne daß die Frau die Vergewaltigung als solche empfindet und darunter leidet. In dem Abdruck

dieser Stelle soll die Verbreitung unpittlicher Schriften liegen. Der verantwortliche Redakteur des Bodamer Volksblattes wurde deshalb am Montag vor der Bodamer Strafkammer zu 120 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 150 Mk. beantragt, obwohl er selbst Jola als einen bedeutenden Schriftsteller anerkannte. Auch der Vorlesende sprach sich in diesem Sinne aus. Die Dienstpflicht war während der Verhandlung wegen Gefährdung der Öffentlichkeit angezweifelt, nur die Vertreter der Presse wurden zugelassen. Im Hinblick auf diese Sache wurde der Angeklagte nach zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er feinerzeit die in ihn gerichteten Mitteilungen des Staatsanwalts, daß gegen ihn wegen des Abdrucks des Romans eine Anzeige eingegangen ist, im „Volksblatt“ veröffentlicht hatte. In dieser Veröffentlichung wurde ein Vergehen gegen den § 17 der Strafprozessordnung erblickt. Kostlich wird gegen beide Urteile Revision eingelegt werden.

Familien-drama. Am Montag vormittag wurden der Konfirmanden-Schule und dessen Frau, die in der Schöndorferallee in Berlin ein gutgehendes Geschäft betreiben, tot in der über den Laden befindlichen Wohnung aufgefunden, ebenso der Hund. Man nimmt an, daß die Ehefrau, die Sonntagabend einen heftigen Streit mit ihrem Mann hatte, sich und ihren Mann mit Leuchtgas vergiftete.

Ein erschlicher Unglücksfall ereignete sich Sonntagabend kurz vor Mitternacht in Eisenbahnstadt, der von Kronberg nach Frankfurt a. M. fährt. Der 23jährige Richter Jind schmeiß sich aus dem Zuge heraus und wurde von der Tür eines aus der entgegengeführten Richtung kommenden Zuges erfaßt. Ihm wurde der Kopf zerquetscht. Seine Frau war Zeugin des Unglücks.

Nele Tagesskandale. Ein heftiger Jagd hat am Sonntag im unteren Reichthal bedeutenden Schaden angerichtet. — Auf der Chaussee-Lentze ein Boot mit drei jungen Leuten aus Berlin, die in Kopsfögel jagten, als sie einen Timpel auswichen wollten. Zwei von ihnen ertranken. — In Mitten wurde ein Schloß aus Bremen zerstört, der im Besitze des hiesigen Landbesitzers liegt. — Ein Arbeiter erkrankte der Sonntagmorgen in Bochum seine 13jährige Tochter. Zwei Jahre ist sie krank von der Polizei. — Bei 11 (Lindenberg) (München) (Lage der Witz in eine Gruppe vierjähriger Kinder. Aus von ihnen wurde getötet, zwei andere wurden getötet. — Der Arbeiter Schöbe in Frankfurt a. M. wurde verhaftet, weil er aus dem in Hamburg gestohlenen Koffer seines Vaters eine wertvolle Schmucksammlung bei sich gebracht hatte. — In der Oststraße (Binnen-Wagen (Niederrhein) sind die Räder, vierzehn Wägen und eine Kutsche wiedergegeben. — In Berlin wurde am Sonntag ein Kopfstörer niedergegangen, das in den Wägen aufgefundenen Schaden angerichtet hat.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. Juni. Deutsch-Schwarzafrika telegraphiert der Gouverneur, daß in Behanien durch Urteil des Eingeborenenrichters vom 6. Juni fünf Behanien-Gottentotten zum Tode verurteilt und am 12. Juni hingerichtet worden sind, weil sie eine Bande zum Zweck der Raubplünderung von Kasse und der Ermordung von Weibern gebildet haben. Zwei Gewehre mit Munition hatte die Bande durch Diebstahl in ihren Besitz gebracht.

Spanien, 20. Juni. Auf einem Neubau in der Klosterstraße stützten zwei Balkons zusammen und begruben einen Mutter und einen Handwerker unter den Trümmern. Beide konnten nach längerer Arbeit befreit werden, doch war der Handwerker schwer verletzt.

Drohbriefe, 20. Juni. Anlässlich der Reichstagswahlen kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen Wäldte und Zioll. Die Menge warf mit Steinen. Das Militär antwortete mit einer Salve, die acht Personen tötete.

Paris, 20. Juni. Bei der ersten Versuchsfahrt des neuen Dampfschiffes „Mitrabou“ zeigte sich, daß dieses bedeutend unter seine Wasserklinie sank, obwohl es noch nicht alle Vorräte erhalten hatte. Der Marineminister ersuchte den Seerätschef von Toulon um telegraphischen Bericht.

London, 20. Juni. Der Hafensartillerieausland in Southampton trat gestern Nachmittag in ein neues Stadium, indem gegen 1000 Stauer die Arbeit vernagerten. Eine Abteilung Stauer ging an Bord des Dampfers „Royalton Orange“, der von La Plata mit geschlachteten Schafen angekommen war, um im Hafen zu löschen. Nach der Öffnung der Luken erklärten die Leute, nur zu arbeiten, wenn sie eine Lohnzulage erhielten. Unter diesen Umständen beschloß die Reeder, das Schiff in London löschen zu lassen. Das war das Signal zum Ausstand der Stauer. Diese haben den Hafensartillerieausstand beauftragt, in ihrem Namen zu verhandeln. Es soll ein neuer Tarif aufgestellt werden.

Sofia, 20. Juni. In die große Sobranje wurden gewählt: 355 Vertreter der Regierungspartei, 42 Agrarier, 6 Sozialisten, 5 Liberale, 4 Nationalisten, 4 Stambulowisten und 2 Demokraten. Wahrscheinlich sind auch hier Mitglieder der Regierungspartei gewählt. Unter den Gewählten befindet sich Radostawow. Unterlegen sind Malinow, Tomislaw und Genadiw.

Witterung.

In Munition für den Wahlkampf gingen bei der Debatte ein: 1 Mark von Frau B.

Wetterbericht für den 21. Juni.

Berliner Witterungsbericht, meist schwache westliche Winde, wechselnde Bewölkung, tags trocken.

Verantwortlicher Redakteur: D. Jacob, Verlag von Paul Hug, Redaktionsred. von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Druckerei eine Verlags.

Tonndeicher Hof.
 Heute Mittwoch:
Große Tanzmusik.
 Hierzu ladet ein H. Woldmann.

Kaiserkrone.
 Heute und folgende Tage:
 Des außerordentlichen Erfolges wegen
Ein Malheur
im Bade Ostende.
 In Vorbereitung:
Eine tolle Nacht.

Starker Kinderwagen
 billig zu verkaufen. Grenzstr. 63.

Hausfrauen prüft die Original-
Oldenburger Süßrahm-Margarine

Weserruhm . . . gleicht feinsten Molkereibutter
ges. gesch.
Wesergold . . . Ersatz für feinste Landbutter
ges. gesch.

sowie die in jeder Hinsicht erstklassige
Pflanzenbutter-Margarine Delmawa ges. gesch.
 Naturbutter, von frischer kaum zu unterscheiden.

Diese Marken sind von **bisher nicht gekannter Güte** und jetzt fast überall künstlich.
 Verlangen Sie deshalb beim Einkauf nur die Original- Oldenb. Süßrahm-Fabrikate der

Delmenhorster Margarine-Werke

H. Petersen & Co. m. b. H., Delmenhorst, Tel. 70.

Arb.-Radf.-Verein Einigkeit, Leer.

Am Sonntag den 25. Juni cr.
 (Anfang 4 Uhr nachmittags) im großen Saale des Herrn
B. Fischer (Werde):

4. Stiftungsfest

bestehend in Freislangamfahren,
 Kunst- und Reigenfahren sowie großem Festball.
 Pünktlich abends 7 Uhr:
 Auftreten des berühmten Berufstanzfahrers
Alwin Gothan aus Hannover.

Dreimaliges Auftreten mit 2 Niederträdern und 1 Einrad.

Hierzu laden wir alle auswärtigen Bundesgenossen
 und die Gewerkschaften Leers freundlichst ein

Das festkomitee.

Sozialdem. Wahlverein Rüstringen-Wilhelmshaven.

Sonnabend den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr
 in Sadewassers Tivoli:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung u. a.: Bericht von der Landtagswahl-
 Konferenz. Bericht der Fraktion über die Tätigkeit des
 oldenburg. Landtages. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Ohne Stiefel

können Sie nicht sein. Wenn Sie wieder
 Bedarf haben, so sehen Sie sich bitte erst
 unsere Schuhwaren an. Wir sagen nur, dass
 wir das Beste führen. Damit ist alles gesagt.

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister,
 Wilhelmsh. Strasse 70. Bismarckstr. 95.

Gemischte Marmelade

à Cimer (5 Pfd.) 1.00 Mk., lose ausgewogen 1 Pfd. 22 Pf.

Allerfeinste Marmelade Ia.

als Erdbeer, Himbeer, Johannisbeer, Apfel
 Aprikosen, Gemischte usw.

in Gläsern à 1 Pfd., 50 Pf. pr. Glas.
 Kronenbeeren, lose ausgewogen, 1 Pfd. 30 Pf.

J. H. Cassens, Rüstringen, Peterstr. 42

Schon über hunderttausend Räder
 hab' ich verkauft; da sagt wohl jedermann
 „Das könnt' der Mann doch nimmermehr,
 Wenn er nicht gut und billig wär!“



Daß man bei mir gut und billig bedient wird, beweisen die
 vielen Anerkennungschriften u. der bisherige Absatz von

**über 100000 Fahrräder
 und Nähmaschinen**

Wer meine Waren einmal kennen gelernt hat, weiß, was
 man sparen kann, wenn man von meiner Firma kauft,
 die ihren Betrieb in einer kleinen Stadt hat. Alle Unkosten
 wie Löhne, Gehälter, Grundstücke usw. sind niedriger
 und die Tausende, die ich dadurch spare, kommen mei-
 nen Kunden zu gute. Ich trage alle, alle Versandkosten,
 keinen Pfennig haben Sie dafür zu zahlen. Nichtgefallen-
 des tausche ich um, oder zahle das Geld heraus.
 Katalog sende ich an jeden kostenlos.

Edelweiß-Decker in Deutsch-Wartenberg

:: Voranzeige! ::

Am Mittwoch den 21. Juni cr.
 — beginnen meine —

Reste-Tage!!

Hubert Hoffmann
 Gölkerstraße 20.

Rechnungsformulare :: Bouillon-Würfel ::
 4 Stück 10 Pf.
 in allen Größen, empfiehlt die
J. H. Cassens,
 Buchdruckerei Paul Hug & Co. Rültr., Peterstr. 42 u. Schaar.

Nachruf!

Am Sonnabend den 16. Juni starb nach langem Leiden
 unser wertter Kollege, der

Dreher Max Kaiser

im Alter von 32 Jahren. Möge die Erde ihm leicht sein!

Seine Arbeitskollegen der
Mechaniker-Werkstatt, Nesselort III.

Variété Adler

Cyrenen-Gastspiel.
 Direction Gustav Michels.

Heute Dienstag:
 Neu! Zum 1. Male! Neu!
 Durchschlagender Lachersfolg!

Das Jungfernstift.

Mittwoch den 21. Juni
 zum vorletzten Male:

Polnische Wirtschaft.

Donnerstag den 22. Juni:

Das Jungfernstift.

Freitag den 23. Juni:
 zum letzten Male:

Polnische Wirtschaft.

Sonnabend und Sonntag:

Das Jungfernstift.

**Verein für Gesundheitspflege
 und Naturheilkunde
 Wilhelmshaven-Rüstringen.**

Mittwoch den 21. Juni d. J.
 abends 8 1/2 Uhr:

Monats-Versammlung

im Weisheitshaufe, oben.
Der Vorstand.



**Männer-Zweigverein
 Vom roten Kreuz
 Wilhelmshaven-Rüstringen.**

Donnerstag 22. Juni, abends 9 Uhr
 im Friedrichshof, Rüstringen:

Hauptversammlung.

Der Vorstand.

**Sozialdemokr. Wahlverein
 Brake.**

Mittwoch den 21. Juni cr.
 abends 8 1/2 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung
 im Vereinslokal.**

— Tagesordnung: —
 1. Bericht von der Parteikonferenz.
 2. Landtagswahl betr.
 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

**Ortskrankenkasse
 für den Amtsbezirk Buljadingen.**

Vom 19. bis 23. Juni:
Hebung der Beiträge

Wessels, Rechnungsl.

Milchgebende Ziege

billig zu verkaufen.
 Seidenburg, Badingstr. 8b, I r.



Codes = Anzeige.

Am 18. d. Mis. entschlief
 sanft nach kurzem schwerem
 Leiden unser liebes Söhnchen

Fritz

im Alter von 4 Wochen. Dieses
 zeigen tiefbetrübt an

Fritz Wandke und Frau

Die Beerdigung findet am
 Mittwoch den 21. d. Mis. nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-
 haufe, Peterstraße 5, aus statt.

Siebenter Gemeindegtag des Herzogtums Oldenburg.

Jeuer, 19. Juni 1911.

Im Saale des Hotels zum Erzhochherzog tagten heute die Vertreter der Gemeinden des Herzogtums Oldenburg. Oberbürgermeister Lappendiek aus Oldenburg begrüßte die Anwesenden und eröffnete im Namen des Vorstandes der Vereinigung der Gemeinden den Gemeindegtag mit dem Hinweis, daß dessen Teilnehmerzahl etwas geringer sei, gegenüber derjenigen der früheren Tagungen. Die Ursache hierfür werde die nicht günstige Lage des Versammlungsortes sein. — Auch Herr Bürgermeister Wülfing aus Jeuer begrüßte die Erschienenen mit einigen Worten.

Geschäftlich teilte lobend der Vorsitzende mit, daß die preußischen Landkreise planen, eine Kommunabank zu gründen, welche anstelle der Einzelanleihen den Gemeinden Kommunalpapiere verschaffen will. Auch der Verband der oldenburgischen Gemeinden wurde um Anschluß an dieses Unternehmen ersucht. Da der Verband jedoch nicht rechtsfähig ist, so habe der Vorstand dem Ausschuß der preußischen Landkreise anheimgestellt, sich in dieser Sache an die oldenburgischen Amtsverbände und Städte zu wenden. — Die Sache verdiene auch das Interesse und die Aufmerksamkeit der oldenburgischen Gemeinden; denn je mehr Geldquellen erschlossen werden, um so günstiger könnten auch die oldenburgischen Gemeinden ihre Anleihen unterbringen.

Die Angelegenheit wurde durch Renuntiation für erledigt erklärt.

Ueber die staatliche Kreditanstalt

referierte Johann Finanzrat Stein aus Oldenburg, der Vertreter der Staatlichen Kreditanstalt. Diese Anstalt sei den Gemeindevorständen nicht fremd; aber auch die Anstalt keine die Gemeindevorstellungen und Gemeindevorstellungen, denn die Anstalt sei auf deren Wünsche angewiesen bei der Vergütigung der Antragsteller. Seit 1900 gewähre die staatliche Kreditanstalt auch den Gemeinden selbst Darlehen, die besonders in Zeiten der Geldnot sehr willkommen sind. Eine solche Tätigkeit über die Kreditanstalt gerne aus; doch müßte sie, wenn sie ihre Aufgabe gut erfüllen soll, bitten, daß sie nicht nur in Zeiten der Geldnot in Anspruch genommen wird.

Die Gewährung von Anstaltsdarlehen an Private geschieht auf Grund von Bürgschaft der Gemeinden. Die Aufgaben der Gemeinden haben sich nach dieser Richtung hin erweitert. Die Gemeinden sollen ja auch nichts unbenutzt lassen, was der Gesamtheit der Gemeinde Vorteile bringen kann. Das liegt aber auch im Interesse des Staates. Daher verschafft der Staat die Mittel, und die Verwendung dieser Mittel regelt und überwacht die Gemeinde. Die staatliche Kreditanstalt ist in der Vergabe von Darlehen an Private sehr beschränkt; sie darf nur leicht veränderlichen Grundbesitz bis zur Hälfte und in beschränkten Fällen bis zu zwei Drittel des Wertes besetzen. Diese Grenzen kann nun aber erweitert werden, wenn die Gemeinde die Haftung übernimmt. Die Gemeinde ist ja eher in der Lage, die Sicherheit eines Unternehmens, das mit Darlehen bedacht werden soll, zu übernehmen. Auf diese Weise ist die staatliche Kreditanstalt in der Lage gewesen, recht weitgehen zu können, ohne bisher Verluste erlitten zu haben. Grundlag dabei ist, daß das Unternehmen kreditwürdig ist und daß die Gemeinde direkt oder indirekt ein Interesse an dem Unternehmen hat. Wenn diese Voraussetzungen vorliegen, dann darf die Gemeinde oder auch nicht mehr zögern, solchen etwaigen Anträgen stattzugeben.

Marie, die Strohflechterin.

Erzählung aus dem Lande des Kantons Freiburg.
Von P. Stobéret. Deutsch von Ferdinand Thies.
(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Herr Bruno trabte weiter, so schnell ihn seine Füße tragen konnten.

Eine halbe Stunde später war schon die Bevölkerung des Dorfes, die männliche wie die weibliche, durch Herrn Bruno über alle Vorposten berichtet. Er hatte es natürlich nicht unterlassen, bei Erzählung der Schauererlebnisse seine ganze Einbildungskraft zu Hilfe zu nehmen.

Auf diese Weise erhub auch Leo all' diese Reuigkeiten, denn obgleich er genötigt war, zu Hause zu bleiben, fehlten ihm doch nicht die offziellen Besuche. Die Kutschung, welche sich seiner von neuem bemächtigte, verbunden mit der Entzündung seiner Wunde, führte das Wundfieber herbei und zwang ihn, sich zu Bette zu legen.

Das plötzliche Ende des Hexenmeisters hatte nun zwar zur Folge, daß die Familie, mit welcher Leo in engere Verbindung treten wollte, nicht mehr beunruhigt werden würde, aber es raubte ihm doch die Hoffnung, die er in sich trug, daß ihn so oft Tag und Nacht besetzte, die geheimnisvollen Töne aufzuklären, welche den Tod des Vaters der Strohflechterin verursacht hatten. Er hatte gehofft, daß der dem Hexenmeister zu machende Prozeß ein neues Licht auf die ganze Affäre werfen und die Intrigen des teuflischen Alten aufdecken würde. So hätte wenigstens das Andenken des Verstorbenen durch eine Revision des Prozesses wieder zu Ehren gebracht werden können. Nun war leider nicht mehr daran zu denken.

Leo meinte vor Zorn, daß alle seine Anstrengungen zu nichts geworden waren.

Den Anfang mit diesem System machte im Herzogtum die Gemeinde Tolken, wo ein großer Bauverein sich ein Heim geschaffen hat. Der Verein war aber nicht in der Lage, ohne weitgehende Kreditgewährung den Landwerb zu vollziehen. Die Gemeinde übernahm daher gegenüber der staatlichen Kreditanstalt die Garantie, und die weitere Folge davon war, daß das Bad Tolken einen großen Aufschwung nahm. In einem anderen Falle übernahm eine Gemeinde die Garantie für die Errichtung einer genossenschaftlichen Molkerei. Die wichtigste öffentliche Aufgabe ist aber die Förderung des Wohnungsbaus. Diese Tätigkeit kam eine sehr verschiedene sein. Es ist Pflicht der Gemeinden, in dieser Hinsicht einzutreten, wenn Wohnungsnot herrscht. Die Folgen werden geteilt, wenn es nicht geschieht. Das zeigte sich auch in Nordenham. Anders war es in Nürtingen. Dort wurde von den Gemeinden tatkräftig eingegriffen, der private und genossenschaftliche Wohnungsbau unterstützt. Die Wohnungsnot wurde dadurch sehr rasch beseitigt und die Stadt gewann vor allen Dingen Einfluß auf den Wohnungsbau, wodurch der Gemeinde ein ganz anderes Aussehen gegeben wurde als früher. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in Barel. In Dänemark war zwar keine Wohnungsnot zu beheben, doch der Wohnungsbau wurde durch Eingreifen der Gemeinde mit Kreditgewährung gefördert. Ähnliche Bestrebungen des Magistrats in Oldenburg schritten an der Stellungnahme der Stadtvertretung. Möge diese sich dem Vorgehen anderer Gemeinden aber noch annehmen! Die Kreditanstalt gibt nur das Geld her; alles übrige ist Sache der Gemeinde. Auf diese Art sind bisher 1200000 Mark hergegeben worden. Weitere 800000 Mark werden im Laufe dieses Jahres oder Anfang des nächsten Jahres noch hergegeben.

In den Landgemeinden hat die Wohnungsfrage ein anderes Gesicht. Dort herrscht nicht eine Wohnungsnot; aber die Leute ziehen fort, weil sie nicht die geeignete Wohnung bekommen können. Dieser Verengung der Bevölkerung würde aber zum Teil Einhalt geboten, wenn tüchtigen Leuten durch Übernahme der Bürgerschaft seitens der Gemeinde die Mittel gegeben würden, sich anständig zu machen. Der Staat hat hierfür ja auch Mittel in seinen Händen. Auch die Dehlandereien könnten durch solche Unterstützung fruchtbar gemacht und ausgenutzt werden. Der Landeskulturfonds kommt nur großen Kolonaten und Kolonien zugute; Einzelkolonate aber können mit Hilfe der Gemeinden durch Gewährung von Kredit aus der staatlichen Anstalt geschaffen und so durch neue Anpflanzungen Dehlandereien der Kultur erschlossen werden. Minder tüchtiger Landwirte kommt wegen Verschuldung nicht vorwärts; auch er kann durch Hilfe der Kreditanstalt zu einem leistungsfähigen Mitglied der Gemeinde gemacht werden. — Was der Staat in dieser Beziehung tun kann, das geschieht bereits durch die staatliche Kreditanstalt; an den Vertretern liegt es nun, die weit entgegengetretene Hand zu erweisen im Interesse der Allgemeinheit und deren Zukunft. (Lebh. Beifall.)

Eine Debatte schloß sich an den Vortrag an.

Ueber die weitere Entwicklung des Fortbildungsschulwesens

sprach Ratscher Wessels aus Oldenburg. Wegen der kurzen Zeit, die ihm zur Verfügung stand, hat er den Vortrag nur zu Papier bringen können und so las er ihn ab. Der Kern seiner Ausführungen gipfelte in dem Verlangen, daß die Fortbildungsschule eine Vervollständigung und Erweiterung der Volksschulbildung geben und die Lücken der Volksschule ausfüllen muß. Eine Verlagerung der Volksschulzeit verpöndete nicht die erhoffte Wirkung. Erst in der Zeit vom 18. bis 30. Jahre ist der menschliche Geist am aufnahmefähigsten. Daher haben auch in Dänemark die staatlichen Hochschulen, die auf die Zeit vom 18. bis

25. Lebensjahre berechnet sind, so große Erfolge aufzuweisen. Diesen Hochschulkursen verbandt Dänemark die hohe Intelligenz seiner ländlichen Bevölkerung. Die oldenburgische Landwirtschaftskammer hingegen hat in ihrem Gutachten über die von der Regierung geplanten fakultativen Einführungen der ländlichen Fortbildungsschulen sich ablehnend geäußert. Die Ablehnung auf dem Lande gegen die Fortbildungsschulen müßte noch überwunden werden. Der Unterricht müßte auch auf dem Lande möglichst durch Fachleute erfolgen. Das Ziel müßte sein, ein Gesetz für Fortbildungsschulen zu erlangen.

In der längeren Diskussion ergänzte Fortbildungsschulleiter Fissen aus Jeuer wirkungsvoll die Ausführungen des Referenten. Es müßte verlangt werden, daß ländliche Fortbildungsschulen, also Schulen für die gesamte jugendliche Bevölkerung auf dem Lande, nicht nur für die landwirtschaftliche Bevölkerung, errichtet werden. (Der Redner wies nach, wie notwendig die Fortbildungspflicht für alle jugendliche Personen, auch der weiblichen, ist.) Früher wollte man in weiten Bevölkerungsfreien nichts von der Fortbildungsschule wissen; jetzt geben die Eltern im allgemeinen erkenntlichweise ihre Söhne nur noch dort in die Schule, wo eine Fortbildungsschule besteht. Die Bildung soll nicht nur einem Teil, sondern allen Bevölkerungsschichten in der richtigen Form zugute kommen.

Gemeindevorsteher Dannermann aus Langenh/Wardenburg bemerkte, das ablehnende Verhalten der Landwirtschaftskammer gegenüber dem Fortbildungsschulgesetz sei auf dem Lande allgemein begriffen worden. Das Gesetz würde ein Unglück für die Landgemeinden sein. (Lebh. Beifall.) und würde manche Entzügen in Frage stellen. Im Interesse der Landbevölkerung liege daher die Fortbildungsschule nicht (Langen). Die Volksschule habe die Pflicht, die Schüler fürs Leben voll und ganz auszubilden. Helfen Sie daher im Interesse der Gemeindeangehörigen nicht mit, weitere Fortbildungsschulen auf dem Lande zu schaffen.

Herr Langen-Hering erwiderte den Wortredner recht wirksam. Das Interesse der jugendlichen ländlichen Bevölkerung, aus der später doch auch wieder selbständige Landwirte hervorgehen, müsse höher stehen als das finanzielle Interesse weniger Landwirte. Es ist daher die Pflicht der Landesvertretung durch Landesgesetz die allgemeine Fortbildungspflicht einzuführen und nicht nur sie den Gemeinden zu überlassen, wie das der Referent wünscht.

Gem.-Vorst. Althorn-Hartwarderwarp bemerkte, daß die Landwirtschaftskammer nur demgegenüber gegen den Plan der Regierung sich ausgesprochen habe, weil die Regierung nicht die allgemeine Fortbildungspflicht für das ganze Land ausgesprochen, sondern die Schaffung von Fortbildungsschulen in das Belieben der Gemeinden stellen wollte. — Langen-Hering stellte jedoch mit Genugtuung fest, daß nach den Ausführungen Althorns die Landwirte keine Gegner der allgemeinen Fortbildungspflicht sind.

Nachdem noch Fissen-Jeuer, Wessels-Oldenburg und Langen-Hering gesprochen, schloß die Debatte. Der Vorsitzende sprach seine Meinung dahin aus, daß das Gesetz über die Fortbildungsschulen kommen werde und es werde hierüber noch manche Auseinandersetzungen geben.

Ueber die Zweckmäßigkeit des Notariats für Oldenburg

sprach dann Rechtsanwält Dr. Larßen-Nürtingen. Er führte einleitend aus, daß das Notariat in sämtlichen deutschen Staaten mit Ausnahme von Sachsen-Weimar, Rudolstadt, den beiden Lippe und Oldenburg eingeführt sei. Redner schilderte, wie mehrfach Regierung und Landtag sich mit der Sache befaßt haben. Während die Veröffentlichung eines vom Landtag beschlossenen Gesetzes in früheren Jahren angeblich nur wegen eines Druckfehlers

Gegen Abend benachrichtigte ihn seine Schwester, daß Marie ihn zu sprechen wünsche. Er gab die Weisung, daß sie ohne Zögern eintreten möge.

Das junge Mädchen sah sehr bleich und abgeplattet aus. Sie kniete am Bette Leos nieder, ergriff seine Hand und bedeckte sie mit Küßchen und Tränen.

Leo ließ sie gewähren. Sein Herz pochte ihm stark. „Leo!“ riefte Marie, „was mußt du so schwer leiden!“

„Oh nein! Ich bin ja glücklich, dich hier zu sehen.“ „Du weist doch . . . Er ist tot. Der liebe Gott hat uns gerächt.“

Leo antwortete nicht. Die Strohflechterin betrachtete ihn mit besorgten Blicken. „Armer Leo! Ich liebe wohl, wie du leidest, wenn du es auch zu verbergen lücht.“

„Aber ich verliere Dir, Marie, es ist nichts. Eine geringfügige Wunde, ein wenig Fieber . . . Morgen ist alles wieder gut.“

„Bis morgen, das ist lange. Erlaubst Du, daß ich bei Euch bleibe, um mit Deiner Schwester bei Dir zu wachen?“

„Wie gut Du bist, Marie! Du bildest Dir ein, es sei meine Wunde, welche mir Schmerzen verursacht.“ „Leo! Meine Gegenwart fällt Dir schwer, verurteilt Dir Dein?“ fügte die Strohflechterin mit erstickter Stimme hinzu.

„Kind!“ antwortete Leo, indem er seine heißen Lippen auf die bleiche Stirn des jungen Mädchens drückte. „Oh, ich habe Dir noch eine gute Nachricht mitzuteilen. Der Präfeld hatte uns ja fast beschieden und wir kommen eben von Halle. Du hast doch den alten Theodor gefandt, welcher bei den Roullins Anwalt war, als sich unser Unglück ereignete.“

„Ja, Theodor, mein Schwab“, wie man ihn nannte. Was hat er mit der Sache zu tun?“

„Du sollst es erfahren. Es scheint, daß die Nachricht vom Tode des Hexenmeisters sich schnell verbreitet hat, denn der Präfeld, wie er uns erzählte, war noch beim Mittagessen, als der alte Theodor sich bei ihm melden ließ, um eine Anzeige zu machen. Er begann damit, den Präfeld zu fragen, ob es wahr sei, daß die Toten wiederkämen, und als der Präfeld dies verneinte und ihm sagte, dies sei nur ein bei alten Weibern noch vorherrschender Aberglaube, fragte Theodor, ob es wirklich wahr sei, daß der Hexenmeister gestorben sei und ob der Präfeld ihm fest versichern könne, daß dieser nicht mehr auf die Erde zurückkehre. Der Präfeld erklärte nun, daß der alte Sänder ganz bestimmt mit dem Tode abgegangen und jedenfalls in die unterste Hölle gefahren sei, wo der Teufel ihn angeleitet habe. Nun begann Theodor zu erzählen; als er bei den Roullins noch Anwalt war, habe er durch ein Loch in der Wand seiner Kammer, wo er sich gerade befand, gesehen, wie der Hexenmeister aus dem Schrank den Geldsack entnahm, welchen man später bei uns fand und der die Ursache des Verderbens meines armen Vaters wurde. Er sagte hierauf, der Hexenmeister habe ihm so große Furcht eingegeben, daß er es nicht gewagt habe, davon zu sprechen, aber jetzt sei er bereit, mit seinem Eide vor Gericht den Wahrheitsbeweis zu leisten; daß er dies tun würde, selbst wenn der Hexenmeister wiederkäme, denn er habe bisher keine ruhige Nacht gehabt, weil ihn der Gedanke stets verfolgte, daß infolge seines Schwelgens ein Unthätiger verurteilt und eine brave Familie ins Unglück gestürzt wurde. Meine Mutter und ich, wir wußten uns vor Freude kaum zu fassen und mich ließ es keine Minute Ruhe, ich mußte zu Dir eilen, um es Dir zu erzählen.“

Der Eindruck, den diese Neuigkeit auf Leo machte und



Photogr. Ateliers
Lily Teilmeyer
F. Templer Nachf.

Putz- u. Modewaren
E. Kneiber
Geschw. Fraendrich

B. Lüschen
Bad- u. Wäschehandlung

Hch. Vosteen
Sophie Siebe

Empfehlensw. Rest.
A.H. Heideberg
H. Auguier
Z. Banter Schüssel

Empfehlensw. Rest.
Café Schulz
W. Wilhelm-Saal

Alb. Michel
H. Hotel
Hof von Oldenburg

Sadowasser's Tivoli, Heppens
Otto Torgow
Tonndelcher Hof

Empfehlensw. Rest.
A.H. Heideberg
H. Auguier
Z. Banter Schüssel

Empfehlensw. Rest.
Seemannsheim
Franz Senf

Johs. Senf
Tivoli

Schirme u. Stöcke
Louise Binnack
G. Stöckhaus

Schuhmach.-Bedarfsartikel
G. Bierfischel
Schuhwaren
Gebr. Borchers

Schreibwaren
Heinr. Flitz
Joh. Fackel

Leop. Goldschmidt
Paul Friedr. Schröder

L. Gerdes
G. Grötzer

Ludwig von Häfen
Aller Arten Schuhwaren
Frd. Meyer

Schreibwaren
Heinr. Flitz
Joh. Fackel

Seifen, Toilette-Art
J. Egberts

Stahl-, Eisenwaren
J. Egberts

Ufren, Goldwaren
F. Eilers
George Friedrichs

Uhren, Goldwaren
J. Toben
Otto Traulwein

B. Steinfeld
W. Wieting

F. Schwardt
H. Mosel

Warenhaus
Gebr. Wolf, Delmenhorst
Wasche-Anstalt
S. Janover

Den Lesern und Leserinnen bei Einkäufen und Verkehr zur Beachtung bestens empfohlen.

Volkshütte in Rüstringen
Wettumstraße.
Baupläche
500 Meter vom Bahnhof Dangaslermoor

Wichtig für Hausfrauen
Um die Rasenbleiche zu ersetzen, kaufen Sie sich für 15 Pfg. ein Paket „SEIFIX“

Anna Klein
Wilhelmshaven :: Schneiderin :: Prinz-Heinrichstr. 6
Herfertigung von Kleidern und Kostümen

Billig zu verkaufen
ein großer antiker Kleiderkasten, ein sehr guterhalt. Singer-Nähmaschine

Der Fischverkauf am Hafen
beginnt Mittwoch früh und dauert bis 1 Uhr mittags, nachmittags von 4-7 Uhr.

Zu vermieten
eine dreizimmerige Wohnung, Grenzstraße 72, part. r.

Wegen Mäntelung d. Ladens
verkaufe sämtl. Möbel, sowie Bettstellen mit Matratzen

Geschäfts-Eröffnung.
Den geehrten Einwohnern von Barel und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage in Barel, Lange Straße 58

Gesucht ein Dacharbeiter
Reichs, Rüstringen, Müllerstr. 9.

Ihr Fahrrad
muss unbedingt repariert werden, bringen Sie Ihr Fahrrad auf dem schnellsten Wege zur Reparatur nach W. Ballach

Leder-Ausschnitt
prima Eichenlohngruben-Verbung, sowie sämtliche Schuhmacher- u. Bedarfsartikel

Persil
ist absolut frei von Chlor und andern scharfen Stoffen, deshalb vollkommen unschädlich für die Wäsche